

Amer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Nachrichten an. — Druckerei: Westfälische Druckerei- und Verlagsanstalt, Münster.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Nachrichten an. — Druckerei: Westfälische Druckerei- und Verlagsanstalt, Münster.

Telegramm: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 100.

Nr. 26

Sonnabend, den 31. Januar 1925

20. Jahrgang

Die Reichsregierung antwortet Herriot.

Eingehen auf die Sicherheitsfrage.

Berlin, 29. Januar. Als erste Reaktion zu Herriots Kammerrede wurde in der heutigen Pressekonferenz folgende Auffassung der Reichsregierung bekanntgegeben:

Die ausführliche Antwort der Reichsregierung auf die aufsehenerregende Rede Herriots an Deutschland soll bereits morgen gegeben werden. Der Reichskanzler will mit seiner Erwiderung nicht so lange warten, bis der Reichstag am Mittwoch zu seiner nächsten Sitzung zusammentritt, sondern bereits morgen beim Empfang der Vertreter der ausländischen Presse in der Reichspressestelle seine Antwortrede an Herriot halten, die dann sofort veröffentlicht werden soll. Schon heute wird an politisch maßgebender Stelle betont, daß die Rede eine Enttäuschung darstelle. Herriot habe mit seinen Ausführungen wohl gewisse Wirkungen in der Behandlung der Sicherheitsfrage auslösen wollen. Die deutsche Regierung würdigt die Bedeutung der Sicherheitsfrage für alle großen Entscheidungen der nächsten Zeit und hat auch von sich aus ein Interesse an dem Gelingen eines Sicherheitsplanes, ohne jedoch daran zu glauben, daß zur Zeit eine Lösung der Sicherheitsfrage möglich sei. Bisher ist die Sicherheitsfrage ausschließlich in der Presse erörtert worden. Es ist aber bedauerlich, daß die erstmalige Behandlung des Sicherheitsproblems durch Herriot zu einer allgemeinen politischen Behandlung der Sicherheitsfrage führen kann.

Das Berliner Echo der Rede Herriots.

Berlin, 29. Jan. Die Rede Herriots findet zwar in ihren, die Entwaffnung Deutschlands betreffenden Behauptungen bei der Presse aller Parteien einmütige Ablehnung. Aber die Schlüsse, die aus der Tatsache dieser Rede gezogen werden, und die Beurteilung ihrer politischen psychologischen Grundlage ist dafür um so verschiedener. Auch das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, nennt die Behauptungen Herriots übertrieben, die zurückzuweisen seien. Herriot habe zu viel Rücksicht auf die Stimmung des französischen Volkes genommen und zu wenig auf die Stimmung des deutschen Volkes, das eine solche Sprache aus einem solchen Munde nicht verheißt. Die Entente soll gar nicht sagen, was sie auf dem Gebiete der Entwaffnung wolle. Aber die blinde Wut auf der einen Seite und die blinde Angst auf der anderen, wirken schließlich ebenso lächerlich, wie sie in ihren Folgen gefährlich sein können. Jedenfalls sei mit der Rede Herriots nur wieder Wasser auf die nationalen Mühlen in Deutschland gegeben.

Wie sehr das der Fall ist, zeigt die Rechtspresse. Die Organe der Rechtsparteien haben es sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht, den engen Zusammenhang zwischen dem neuen Gesicht Herriots und den in den Rechtsparteien fundierten Rabinett Luther zu verdeutlichen. Dieses Ziel suchen sie mit der Erklärung zu erreichen, daß die gestrige Pariser Kammerdebatte den Irrtum der demokratischen Politik erwiesen habe. Die Franzosen hätten jetzt die Annahme des Londoner Paktes durch Deutschland in der Tasche und nun zeigen sie ihr wahres Gesicht: (Vermutlich wissen die Leser dieser Blätter nicht mehr, daß die Deutschnationalen die Annahme der Dawesgeleihe ermöglicht haben und vermutlich sehen sie auch nicht, daß das Kabinett Luther außenpolitisch die Linie der alten Politik fortsetzt und weiter fortsetzen wird.) Die Tonart der Berliner Rechtsblätter ist immerhin nicht einheitlich. Soweit der Versuch gemacht wird, den starken Mann zu spielen, indem man auf die Trümpfe hinweist, die Deutschland in den Handelsverhandlungen und auf dem Umweg über Amerika in den französischen Finanzen in der Hand habe, darf man beruhigt sein, daß sich diese charakteristische Stimmung auf dem Wege bis zu den deutschnationalen Parteimännern in der Regierung noch weiter wandelt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ scheint ebenfalls dieser Ansicht zu sein, denn sie erklärt, daß Höchstmaß von Sicherheit könne Frankreich nur durch die Autorität einer stark nationalen (also deutschnationalen) Regierung erhalten.

Die Torpedobootskessel-Angelegenheit.

Buenos Aires, 29. Januar. Das offiziell wird mitgeteilt, daß der Außenminister mit dem Marineminister in der Frage der Torpedobootskessel eine Besprechung hatte. Es wurde eine Entscheidung dahin getroffen, daß Argentinien lediglich ein Kunde von Krupp sei und seine Ordeers anderwärts placieren müsse, falls Krupp sie nicht ausführen. Es besteht ferner die Absicht, die Angelegenheit zu einem Streit mit der Vorkaufkonferenz zu gestalten zu lassen.

Die Festung Posen in erhöhter Bereitschaft.

Posen, 29. Jan. Die Festung Posen hat für Ausländer den verschärfsten Anmeldezwang eingeführt. Laut „Posener Tageblatt“ haben alle Ausländer, die im Festungstrabon von Posen sowie in der 20-Kilometer-Grenzzone wohnen, um eine Aufenthaltsgenehmigung nachzusuchen, und zwar bis spätestens 30. Januar. Bestenfalls wurden alle Militärmaßnahmen im deutschen Grenzgebiet vom polnischen Außenministerium demantelt.

Die französische Presse zur Rede Herriots.

Die Rede hätte auch Poincaré verlesen können. Paris, 29. Jan. Herriots gestrige Kammerrede wird von der Worgenspresse als ein großer Erfolg angesehen. Zahlreiche Blätter der Opposition haben hervor, daß die Stunde des Burgfriedens wieder geschlagen habe. Es frage sich nur, ob der Beifall der Opposition nicht Herriot die linksstehenden Sozialisten entfremden werde. Die Oppositionsblätter stellen ausdrücklich fest, daß auch Poincaré die Rede Herriots, ohne auch nur ein Wort daran zu ändern, hätte verlesen können. Herriot habe eine Rede des reinsten Patriotismus gehalten. Der „Figaro“ schreibt, die Kammer werde die Verbreitung der Rede beschließen und man könne sie dazu beglückwünschen. Die gestrige Sitzung bedeute den Zusammenschluß aller Parteien und werde nicht ohne Erfolg bleiben. Die „Liberation“ Rede Herriots sei eine furchtbare Erwiderung auf die Note Stresemanns.

Die Londoner Presse zur Kammerrede Herriots.

London, 29. Jan. Die englischen Blätter beschränken sich ohne Ausnahme auf die Wiedergabe der Berichte über den Verlauf der Kammerdebatte in Paris und enthalten sich jeglichen Kommentars. Nur in den Überschriften werden die angeblichen sensationellen Enthüllungen Herriots hervorgehoben.

Ein neuer „ungünstiger“ Zwischenbericht der J. M. R. K.

Paris, 29. Jan. Der Pariser Korrespondent des „Tagenachrichters“ meldet, Herriot habe nach Schluß der Kammerdebatte am Mittwoch bekanntgegeben, daß ein neuer Zwischenbericht der alliierten Ueberwachungskommission eingetroffen ist. Er sei weiter ungünstig, weil er auch hinsichtlich der Abrüstung im deutschen Luftschiffbau ergebe, daß die Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt wären.

Der Schlußbericht der Kontrollkommission in acht Tagen.

Paris, 29. Januar. In ausländischen Kreisen verlautet, daß die Vorkaufkonferenz den Schlußbericht der Kontrollkommission etwa in acht Tagen erwarde.

Herriots Kammerrede öffentlich angeschlagen.

Paris, 29. Januar. In der französischen Kammer wurde heute nachmittag über den Antrag, die gestrige Rede Herriots öffentlich angeschlagen zu lassen, abgestimmt. Der Antrag wurde mit 173 gegen 141 Stimmen angenommen.

Zwischenfall im Hamburger Kommunistenprozeß.

Hamburg, 29. Januar. Im Kommunistenprozeß in Hamburg begann die Donnerstagssitzung mit einem Zwischenfall. Staatsanwalt Dr. Reuter beantragte, dem Pressvertreter der kommunistischen „Volkzeitung“ wegen schmerzlicher Verleumdung des Gerichts und der Staatsanwaltschaft die Pressekarte zu entziehen und ihn aus dem Saale zu verweisen. Der maßlos beschimpfende Ton der „Volkzeitung“, die von dem „Blutband Dr. Reuter“, von seinem „bayrischen Stiermaden“ spricht, von „Ruhälterdiensten“, die ihn von Pressebuben geleistet würden, übersteigt allerdings die übliche Tonart der „Volkzeitung“ noch um in Betrachtliches. Die der kommunistischen Partei nahestehende Verteidigung rügte darauf in langen, erregten Erklärungen sowohl in ihrem eigenen, wie auch aller Angeklagten Namen von diesem Artikel der „Volkzeitung“ entschieden ab, forderte dann aber ihrerseits den Ausschluß sämtlicher bürgerlicher Berichterstatter. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, der kommunistischen „Volkzeitung“ die Pressekarte zu entziehen und den Antrag der Verteidigung auf Ausschluß der bürgerlichen Zeitungen abzulehnen. Die beiden Reklamateure verließen dann auf Aufforderung des Richters den Saal.

Die Schwierigkeiten der Stunde.

Berlin, 29. Jan. Innenpolitisch rücken neben der dringenden Währungsfrage und den Arbeiten der Reichsregierung zur Wahrung der dauernden Finanzstabilität der nächsten Zeit nunmehr auch die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Reichstages in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Besonders bemerkt wird die recht unglückliche Art des Herrn v. Schlieben, mit der er die ungeheuren hohen und unter offenkundiger Umgehung des Staatsrechtes erfolgten ausgegebenen Entschädigungen an die Ruhrindustrie zu verteidigen gesucht hat. Recht pikant war übrigens, daß Schlieben zu seiner Rechtfertigung sich auf gewisse, der Öffentlichkeit bisher noch unbekannt gebliebene Zusicherungen des damaligen Reichskanzlers Stressemanns an die Ruhrindustrie berief, recht charakteristisch auch sein Argument, daß, wenn man jetzt die Entschädigungshöhen stoppen würde, der einzige Effekt der sei, daß die kleinen Leute unter den Geschädigten nun gar nichts bekommen würden, woraus sich entnehmen läßt, daß die Entschädigungen an die großen Firmen bereits vollständig abgeführt sind. Dann wird die fatale Lage viel erklärt, in die die Reichsregierung schon im Augenblick ihrer Geschäftseröffnung durch die demagogischen Aufwertungsversprechen, mit denen die Rechtsparteien den Wahlkampf geführt haben, geraten ist. Haben sich doch gestern die Spitzenverbände von Landwirtschaft und Industrie zusammen mit denen des Großhandels und der Schifffahrt, also gerade jene Kreise, die den Wahlkampf der Rechtsparteien finanziert haben, beim Reichstagspräsidenten eingefunden, um ihm ihre schweren Bedenken gegen die in jeder Hinsicht die Grundzüge der dritten Steuernotverordnung hinausgehende Aufwertung mitzuteilen. Mit anderen Worten: die Wahlversprechungen der Rechtsparteien werden von der allerersten Stelle als das demaskiert, was sie sind: Bauernfänger, die allerdings ihre guttan hat, und auf die man dann nur noch übriges hält sich auch alles, was von Aufwertungsplänen der Reichsregierung in den bescheidensten Grenzen. Eine öffentlichen Anleihen dürfte der Technik fehlen wegen, die sich der Unternehmungern und Spekulanten entgegenstellen, Hauptvertrag werden. Industriebürgern über den bisherigen Satz von 15 Prozent gewertet werden. Nur bei den Hypothekendarlehen um weitere 10 Prozent, d. h. auf insgesamt 25 Prozent, eintreten, so daß also die ganze Wuppe sich zunächst nur auf Kosten des mittelständlichen Hausbesitzes, mit anderen Worten der großen Masse, Mieter, vollziehe.

Was die außenpolitische Lage angeht, so hat sie natürlich durch die gestrige Rede Herriots nicht verbessert, was ja aber von vornherein vorauszusetzen war. Im übrigen wird kein Garantieplan in den Kreisen der heimischen Diplomatie annehmend recht pessimistisch beurteilt. Zwar glaubt man, daß Frankreich Deutschlands Vorschläge annehmen würde, so daß der Welt ein friedliches Zustand kommen könne. Der Argwohn und das Misstrauen Frankreichs aber würde sich, so glaubt man hier, auch durch einen solchen Pakt nicht beseitigen lassen. Frankreich würde vielmehr in ihm, solange wenigstens, als der jetzige Regierungsstatus und die gegenwärtige Bestimmung in Deutschland andauern, immer nur eine Art Bandwurm sehen, hinter dem sich die neue Rüstung Deutschlands um so angestrebter baldigsten formt. Kommt einmal der Zeitpunkt, an dem diese Rüstung vollendet werde, und man rechnet in den Kreisen, die diese Betrachtungen pflegen, mit so langen Zeiträumen wie 10 und 15 Jahren, so würde der Garantiepakt der heute in Deutschland regierenden Parteien, die ja die gleichen seien wie 1914, ebensowenig bedeuten wie damals die Neutralität Belgiens. Es sind das Erwägungen, die keineswegs erfreulich sind, die aber in ernst zu nehmenden ausländischen Kreisen herrschen, denen man kaum Deutschfeindlichkeit vorwerfen kann und die darum bei Vollständigkeit des Situationsberichts wegen nicht verächtlich werden dürfen.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Berlin, 30. Jan. Während die Reichspresse weiterhin der Meinung ist, daß die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag heute nicht vorgenommen wird, sind die „Germania“, das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ der Ansicht, daß eine weitere hinauschiebung der Wahl nicht erfolgen werde. Das letztgenannte Blatt behauptet, die drei bestehenden Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, seien heute übereingekommen, daß der preussische Ministerpräsident heute gewählt werden müsse. Die drei Parteien würden sich gegen einen Kandidaten